



**Zur Beachtung!**

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Freihandelsabkommen: Das Märchen vom Jobmotor**

Bericht: Stephan Stuchlik, Achim Pollmeier

Datum: 30.01.2014

**Georg Restle:** „Es klingt wie ein großes politisches Heilsversprechen. Hunderttausende neue Jobs, grenzenloses Wirtschaftswachstum, höhere Löhne für alle. Das alles soll wahr werden durch das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. Die Verhandlungen finden allerdings hinter verschlossenen Türen statt. Alles hochgeheim, scheint fast so, als hätten die Regierungen Angst vor der Öffentlichkeit. Und das vielleicht mit gutem Grund. Denn schließlich geht es um nicht weniger als eine völlig neue Welthandelsordnung, um eine gigantische Freihandelszone von Los Angeles bis Bukarest. Vor allem aber geht es darum, wer in Zukunft das Sagen hat. Gewählte Politiker oder Lobbyisten und Großkonzerne? Stephan Stuchlik und Achim Pollmeier klären Sie darüber auf, was da auf uns zukommt, und was wirklich dran ist am Versprechen vom Wohlstand für alle.“

---

Wir haben einen Termin beim Handelskommissar der EU. Karel De Gucht ist sehr beschäftigt. Er ist der Mann, der fast im Alleingang das Freihandelsabkommen mit den USA bespricht. Und seine Botschaft ist klar.

**Karel De Gucht, EU-Handelskommissar (Übersetzung MONITOR):** „Es ist ganz offensichtlich, dass das Wachstum schaffen wird und mehr Einkommen für unsere Bürger. Ich bin ziemlich sicher, dass es Hunderttausende neuer Arbeitsplätze bringen wird.“

Das Freihandelsabkommen mit den USA, es ist als käme ein Segen über die Welt. Das größte Abkommen aller Zeiten bringt einen Handelsboom und ein Jobwunder - sagen die Politiker.

**Angela Merkel, Bundeskanzlerin, 18. Juni 2013:** „Ein solches Freihandelsabkommen wäre ein Riesenschritt nach vorne, der auch neue Arbeitsplätze schaffen würde.“

Vollmundige Versprechen, doch Experten fürchten, dass die Politik demokratische Rechte opfert, zugunsten der Macht multinationaler Konzerne.

**Pia Eberhardt, Nichtregierungsorganisation CEO:** „Es handelt sich um Generalangriff auf Verbraucherschutzstandards, Umweltgesetze, Gesetze zur Stabilisierung der Finanzmärkte auf beiden Seiten des Atlantiks.“

Und das wollen amerikanische Konzerne auf den europäischen Markt bringen: Hühner, die mit Chlor desinfiziert werden, oder Hormonfleisch - in Europa nicht erlaubt. Und Chemikalien, die in der EU wegen Gesundheitsgefährdung verboten sind. Die EU-Kommission beteuert, solche Ängste seien unbegründet. Tatsächlich wirft das Freihandelsabkommen aber schon jetzt seine Schatten voraus, sagt Dagmar Roth-Behrendt, immerhin die Vizepräsidentin des europäischen Parlaments. Bei Lebensmittelgesetzen werde sie jetzt schon gebeten, ein Auge zuzudrücken, aus Rücksicht auf das Freihandelsabkommen.

**Dagmar Roth-Behrendt, SPD, Vizepräsidentin Europäisches Parlament:** „Warum kann ein hoher Beamter der Generaldirektion Handel zu mir kommen und sagen, bitte, bitte, bitte, bitte, bitte, bitte lehnt das nicht ab, lasst das passieren, weil sonst die Vereinigten Staaten uns nicht glauben und dann die Verhandlungen abbrechen. Was ist denn jetzt mit diesem windelweichen Vorschlag zum Klonen, der als Gesetzgebung jetzt kommt, mitten in den Verhandlungen? Das sind doch Beweise bereits dafür, wie es jetzt weitergehen soll.“

Das Billionen schwere Abkommen wird fast vollständig im Geheimen verhandelt. Dabei betrifft es nicht nur Lebensmittelrecht, sondern auch unsere Sozialstandards, die Finanzmärkte und unser Arbeitsrecht, einfach alles. Werden wir dabei zugunsten multinationaler Konzerne über den Tisch gezogen? Die EU-Kommission reagiert auf diese Sorgen - allerdings nicht inhaltlich. Man müsse das Abkommen nur besser verkaufen, heißt es in diesem internen Strategiepapier. Die EU-Behörde wünscht sich, man solle nicht über die Sorgen der Verbraucher sprechen, sondern stattdessen nur über ...

**Zitat:** „... das Ziel, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen ...“

**Angela Merkel, Bundeskanzlerin, 18. Juni 2013:** „Ein Riesenschritt nach vorne, der auch neue Arbeitsplätze schaffen würde.“

**Guido Westerwelle, Bundesaußenminister:** „Neue Arbeitsplätze.“

**Karel De Gucht, 8.Juli 2013 (Übersetzung MONITOR):** „Mehr Jobs, mehr Wachstum, damit kommen wir aus der Krise.“

Um diese Behauptungen zu untermauern, gibt es gleich mehrere Studien, in Deutschland erstellt für das Wirtschaftsministerium und die Bertelsmann Stiftung, alle vom ifo-Institut in München. Die Rede ist von „erheblichen Effekten“ - bis zu 160.000 neue Arbeitsplätze allein in Deutschland. Experten zweifeln grundsätzlich an solchen Prognosen, auch Jagdish Bhagwati, einer der renommiertesten Handelsökonomien der Welt.

**Jagdish Bhagwati, Columbia University (Übersetzung MONITOR):** „Die sind alle hochproblematisch, diese Studien, denn bei der Frage, welche Annahmen sie zugrunde legen, kommt man schon in die Nähe von reinen Meinungsäußerungen. Viele Leute mit Erfahrung werden Ihnen sagen, mit Studien bekommen Sie das Problem nicht in den Griff.“

In Deutschland werden trotzdem beeindruckende Zahlen in Umlauf gebracht. Jobschwemme, ein ungeheurer Effekt auf dem Arbeitsmarkt. Doch kaum jemand hat bisher hinterfragt, was hinter den schönen Zahlen steckt. Wie kommen Wissenschaftler dazu? Da wird zum Beispiel vorausgesetzt, dass der Handel mit den USA um fantastische 80 Prozent zunimmt, dass es keine Wechselkursschwankungen gebe. In einer Studie wird sogar ein völlig unrealistisches Binnenmarktszenario zu Grunde gelegt, so, als würden die USA alle europäischen Gesetze übernehmen.

Und jetzt kommt es: Der Hauptautor sämtlicher deutschen Studien, Gabriel Felbermayr vom ifo-Institut, hält unterm Strich die Effekte des Freihandelsabkommen selbst für gar nicht so groß.

**Prof. Gabriel Felbermayr, ifo-Institut:** „Die Grundbotschaft, die auch da schon klar sein musste für jeden, der das liest, ist, dass a) die Beschäftigungseffekte nicht negativ sein werden, in allen Szenarien sind sie positiv. Und dass sie b) auch im optimistischsten Szenario klein sind. Da reden wir von 0,4 Prozent der Beschäftigung.“

Moment! Der Hauptautor der Studien gibt zu, dass das Abkommen wenig bringt? Ja, sagt er, aber es sei die Politik, auch das Wirtschaftsministerium, die die kleinen Zahlen als „Jobwunder“ verkauft.

**Prof. Gabriel Felbermayr, ifo-Institut:** „Werfen Sie dem Bundesministerium ruhig vor, dass die Informationspolitik nicht so ausbalanciert ist, wie sie hätte sein können. Das können Sie auch der Kommission vorwerfen, da würde ich sagen, ja, hinter einem solchen Vorwurf steckt was.“

Die EU-Kommission spricht nicht nur von Arbeitsplätzen, sie verspricht auch ein riesiges Wachstum. 120 Milliarden Euro Wirtschaftswachstum für die EU. Und der Handelskommissar zieht durch die Lande, um genau das zu verkünden. In Wahrheit bedeutet die Riesenzahl laut seiner eigenen Studie ein zusätzliches Wachstum von gerade mal winzigen 0,5 Prozent - und das in 10 Jahren.

**Reporter (Übersetzung MONITOR):** „Das macht pro Jahr im Durchschnitt 0,05 Prozent. Das ist nicht der große Effekt, von dem Sie immer sprechen.“

**Karel De Gucht, EU-Handelskommissar (Übersetzung MONITOR):** „Lassen Sie uns unterbrechen!“ „Ist das die Studie, die wir bestellt haben?“

Der Kommissar rechnet noch mal nach, aber die Studie ist eindeutig.

**Reporter (Übersetzung MONITOR):** „Das sind doch 0,49 Prozent hier, oder?“

**Karel De Gucht, EU-Handelskommissar (Übersetzung MONITOR):** „Zunächst einmal sollten wir nicht mit Prozenten argumentieren.“

**Reporter (Übersetzung MONITOR):** „Sie machen das, Entschuldigung!“

**Karel De Gucht, EU-Handelskommissar (Übersetzung MONITOR):** „Ich sage Ihnen, wir werden die meisten Handelshemmnisse in einer Vielzahl von Handelsbereichen abschaffen, das sage ich.“

Aber es geht darum, wer in Zukunft überhaupt das Sagen hat. MONITOR liegt ein geheimes Positionspapier der EU-Kommission vor. Danach sollen alle neuen Gesetze und Regeln daraufhin überprüft werden, ob sie mehr Handel erzeugen, und zwar von einem ...

**Zitat:** „Rat für Regulierung“

Hier sollen Lobbyvertreter von Anfang an beteiligt werden, und zwar, bevor die eigentlichen Gesetzgeber wie das Parlament an der Reihe sind.

**Dagmar Roth Behrendt, SPD, Vizepräsidentin Europäisches Parlament:** „Dann lösen wir halt einfach das Europäische Parlament auf, und viele nationale Parlamente auch für diesen Bereich und lassen das gleich die Industrie machen und den Handelskommissar und vielleicht noch den Agrarminister in den USA. Ist doch prima, spart wahrscheinlich eine Menge Zeit und Geld. Den Verbrauchern wird es jedenfalls schaden in der europäischen Union.“

Die Kommission sagt, der Regulierungsrat sei ja nur ein Vorschlag. Was damit allerdings in den Verhandlungen passiert, weiß niemand, die sind ja geheim.

**Jagdish Bhagwati, Columbia University (Übersetzung MONITOR):** „Die haben bisher komplett geheim verhandelt und dann auch nur mit der Industrielobby? Das ist grundverkehrt.“

Schon 2015 soll das Freihandelsabkommen unterschrieben werden. Bis dahin wird man es uns noch weiter erzählen, das Märchen von großem Wachstum und den vielen Arbeitsplätzen.

---

**Georg Restle:** „Übrigens, als es um das Freihandelsabkommen der USA mit Mexiko ging, wurden dem Land auch goldene Zeiten versprochen. Die Wahrheit ist, seit Einführung des Abkommens ging das Wachstum in Mexiko zurück, die Arbeitslosigkeit nahm dramatisch zu. Vor allem viele Bauern verloren ihre Existenzgrundlage, weil sie gegen die Billigimporte aus den USA keine Chance hatten. Von wegen Wachstumsschub und Wohlstand für alle.“